

26. JAN 1961



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

2/XVI/22 - 26. Januar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten:</u>		<u>Seiten:</u>
1 - 2	<u>Noch nicht "Klarschiff" bei der Bundesmarine</u> Der Weg des Admirals Zenker	72
2	<u>Bauernverband und Bundesregierung</u> Die Kluft wird tiefer	20
3 - 4	<u>Ruf des "Wirtschaftswunders" verpflichtet</u> Eine deutsche Initiative ist dringend erforderlich Von Hellmut Kalbitzer, MdB	98
5 - 6	<u>Schildträgerstreiche auf der Autobahn</u> Politischer Kraftakt der österreichischen Volkspartei Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franka	69
7	<u>"Freies Fernsehen" und CDU-Wahlkampfleitung</u> In Personalunion	26

\* \* \* \* \*

Noch nicht "Klarschiff" bei der Bundesmarine

## Der Weg des Admirals Zenker

sp - Auch in der Bundeswehr ist das Nach- und Einrücken jüngerer Männer in die Spitzenpositionen und damit die Ablösung der Führungsoffiziere, die im Grenz- und Ausscheidungsbereich des Pensionsalters stehen, ein logischer und unaufhaltsamer Vorgang. Es ist ein Zufall, daß diese Prozedur, soweit es den obersten Mann betrifft, bei der Marine zuerst einsetzt; die Luftwaffe, deren Chef in diesem Sommer 64 Jahre alt wird, hat noch zwei Jahre, das Heer noch ein Jahrzehnt Zeit, wenn es nur auf diese Altersfrage ankommt. Der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Ruge, verläßt den aktiven Bundeswehrdienst jedenfalls innerhalb der nächsten Monate, und nach Lage der Dinge darf angenommen werden, daß seine Nachfolge, als zweiter Inspekteur der jungen Marine, der jetzige Konteradmiral und Befehlshaber des Kommandos der Marinestreitkräfte in Kiel, Karl-Adolf Zenker, antreten wird.

Der knapp 55jährige Berliner, dessen Vater schon Marineoffizier war, der nach seiner Laufbahn als Spezialist für Zerstörer und Minensuchboote gilt und der heute für die Ausbildung der Marine verantwortlich ist, gehört zu den Männern "der ersten Stunde" der Bundeswehr. Er kam schon im Jahre 1951 zum damaligen Amt des Sicherheitsbeauftragten Blank, wo er Leiter der Marineabteilung war. Ende 1955 wurde Zenker, der den zweiten Weltkrieg im Range eines Fregattenkapitäns in der Operationsabteilung der Seekriegsleitung beschlossen hatte, Kapitän zur See und kommissarischer Inspekteur der Marine. Knapp fünf Jahre später ist er zwei Ränge aufgerückt, um im zweiten Anlauf endgültig Marine-Inspekteur zu werden. Dazwischen liegen weitere Verwendungen im Ministerium und in der Truppe selbst.

In jener Zeit, im Januar 1956, hielt Zenker, damals Kapitän zur See und Leiter der Marineabteilung, vor der Marine-Lehrkompanie in Wilhelmshaven aus Anlaß eines Besuches des ersten Bundesverteidigungsministers Blank eine Rede, die erregte öffentliche Kritik hervorrief, von Verteidigungsausschuß des Bundestages öffentlich gerügt wurde und zu einer ausgeführten Grundsatzdebatte im Bundestag führte. Zenker hatte in jener Rede, so hieß es in der Rüge-Erklärung des Verteidigungsausschusses, "unglücklich gewählte" Äußerungen über Raeder und Dönitz, über die Nürnberger Prozesse und über die Tradition gebraucht, Worte, die gerade auch im westlichen Ausland bittere Reaktionen hervorriefen. Im Bundestag wurde von nahezu allen Seiten herbe Kritik geübt; so distanzierten sich etwa die CDU/CSU-Abg. Rausch und Horlacher sehr entschieden von Wortlaut und Geist der Zenker-Rede. Es enthält nicht eines gewissen Reizes, wenn man in der damaligen "Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung", die nachfolgende-identisch ist mit der heutigen "Deutschen Zeitung", in einem Zenker-Lebenslauf den Wilhelmshavener Vorfall gar nicht mehr erwähnt, nachlesen kann, daß es "kaum etwas Überflüssigeres" gegeben habe, als diese Äußerungen Zenkers. Traditions-Pflege und der Wunsch, die alten Kameraden nicht schlechtweg zu verleugnen, seien verständlich: "Aber von dahin bis zu der Glorifizierung der Marineführung des Hitler-Staates ist doch ein weiter Weg. Findet die junge Marine keine anderen und besseren Überlieferungen als die Gefolgsleute des Mannes, der Deutschland in den Abgrund führte?.. Wenn sein (=Dönitz) Name über den neuen Anfang leuchten soll, kann man nur sagen: Das fängt verheißungsvoll an, wie wird es weitergehen?"

Gewiß denkt niemand an eine Hexenjagd. Aber der gute und notwendige, wenngleich häufig auch allzuviel geplagte Begriff von der Bewältigung der Vergangenheit zieht Vorgänge dieser Art und dieser sehr zeitlichen Nähe in seinen Bereich, und es gibt außerhalb und innerhalb der Bundes-

sehr sehr viele und sehr gewichtige Stimmen, die davon sprechen, daß der Konteradmiral Zenker jetzt durch offene und mannhafte Worte die Wellen brechen sollte, die seine Wilhelmshavener Rede auf seinem, aber vor allem auch auf dem Wege der Marine aufgeworfen hat, die er führen soll.

Es gibt Probleme, denen man nicht ausweichen kann, und es gibt Worte, die gesagt werden müssen. Zenker hatte diese Probleme im Januar 1956 selbst sehr pointiert in den Raum gestellt. Sie sind bis heute dort stehen geblieben. Der kommende Inspekteur der Bundesmarine sollte sich also nicht scheuen, nunmehr sich selbst den Befehl "Klarschiff!" zu geben und ihn auch selbst auszuführen.

Über ihm, über sämtlichen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften der ganzen Bundeswehr und über uns Deutschen allen steht die Leitwort-Forderung, für die Bundestags-Vizepräsident Prof. Dr. Carlo Schmid zum Schluß jener Zenker-Bundestagsdebatte die ebenso klare wie verpflichtende Formulierung fand:

"Soll sie, die Bundeswehr, doch vielmehr der Ausdruck des Geistes sein, der diese Demokratie beherrscht, nämlich des Geistes der Menschlichkeit, der Menschenrechte und der Menschenwürde".

Das, Herr Konteradmiral Zenker, gilt für uns alle. Daraus haben auch wir alle die Konsequenzen zu ziehen.

+ + +

#### Bauernverband und Bundesregierung

sp - Wenn nicht alles täuscht, bahnt sich zwischen der Bundesregierung und dem Deutschen Bauernverband - besonders aber seinem Präsidenten und CDU-Bundestagsabgeordneten Rehwinkel - ein Zerwürfnis an, das tiefgehender zu sein scheint als in allen bisher bekanntgewordenen Meldungen über die Forderungen des Bauernverbandes zum Ausdruck kam. Herr Rehwinkel hat seine Teilnahme an der anläßlich der Grünen Woche in Berlin stattfindenden Pressekonferenz abgesagt; wie es heißt, auf Ersuchen der Bundesregierung, die vermeiden möchte, daß die Bauernforderungen nach Aufstockung des "Grünen Planes" so nahe der Zensurgrenze Propagandamaterial für die Zone gegen die Bundesrepublik werden. - Aber das sind nur Äußerlichkeiten. Der tiefere Grund des gespannten Verhältnisses zwischen dem Deutschen Bauernverband und der Bundesregierung liegt bei Äußerungen Dr. Adenauers und Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhards, die behauptet haben sollen, die Forderungen der Bauern seien angesichts der großen Leistungen für die Landwirtschaft "unverschämte". - Angeblich sollen noch viel härtere Worte gefallen sein, die zur Zeit bei den verantwortlichen Männern des Deutschen Bauernverbandes kursieren. Ob die Bundesregierung ihre bisher an den Tag gelegte Haltung ändern wird, ist noch nicht sicher. Aus Kreisen der Wahlkampfleitung der CDU soll dem Bundeskanzler empfohlen worden sein, den Streit zwischen ihm und Rehwinkel zu begraben und besonders den Bundeswirtschaftsminister zu veranlassen, er möge aus wahltaktischen Gründen die Kritik der Industrie an den Forderungen der Bauernschaft dämpfen.

+ + +

## Ruf des "Wirtschaftswunders" verpflichtet

Von Hellmut Kalbitzer, MdB

Eine kürzlich durchgeführte Aussprache sozialdemokratischer Politiker über die künftigen Aufgaben der Entwicklungspolitik bracht interessante Ergebnisse: In der Bundesrepublik wird die Aufbringung von 4 Milliarden DM Finanzierungsmittel für die Entwicklungsländer als unser gesamter Beitrag für die Überwindung des Elends und der Rückständigkeit der Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika angesehen.

In dem Augenblick aber, wo dieser Betrag für 1961 fixiert wurde, ergaben sich Folgerungen, die bisher geflissentlich übersehen werden einmal gegeben, muss Jahr für Jahr in gleichem Umfang wieder gegeben werden! Denn die weltpolitische Lage der Bundesrepublik, mit ihrem Angewiesensein auf die Sympathie und Zustimmung der Entwicklungsländer für die Fragen der deutschen Wiedervereinigung und der Freiheit Berlins macht es unmöglich, die einmal gezahlten Leistungen nicht zu wiederholen. Ganz abgesehen davon, würde ein Zurückschrauben der deutschen Leistungen auch von den Westmächten nicht verstanden. Der Ruf des "Wirtschaftswunders" verpflichtet eben zu entsprechenden Leistungen an die Welt, die künftig noch steigen werden.

Schon jetzt anerkennen die Fachleute der Regierung, dass der für die Entwicklungsländer jährlich aufzubringende Betrag als Prozentsatz des Volkseinkommens festgesetzt werden muss, um einen international anerkannten Maßstab zu haben. Aber während die Regierungsvertreter verniedlichend von 1 Prozent des Volkseinkommens reden, was etwa 2,5 Milliarden DM ausmachen würde, muss - wenn man der Lage offen ins Auge sieht - von 2 Prozent des Volkseinkommens ausgegangen werden, weil man sonst wieder hinter die Zusagen von 1961 zurückfiel.

Um diese, im ersten Augenblick erschreckend hoch wirkende Summe, ins rechte Licht zu rücken, tut man gut daran, sie mit den deutschen Rüstungsausgaben zu vergleichen, davon macht die Summe der Leistungen für die Entwicklungsländer nämlich nur etwa ein Drittel bis die Hälfte aus. Und die Entwicklungsausgaben dienen letzter Endes der Sicherheit Deutschlands und der Welt.

### Kulturelle Aufgabe der Länder

Man mag sich noch die Köpfe darüber heiß reden, wie dieser Betrag im nächsten Jahr aufgebracht werden soll. Eines steht fest, der Betrag wird nicht geringer sein können und die Bundesländer, die in diesem Jahr etwa 500 Millionen DM zu den 4 Milliarden beisteuern, können hierfür nicht wieder in Anspruch genommen werden; denn sie haben andere, bisher weit unterschätzte Aufgaben der Entwicklungspolitik: Alle Finanzleistungen für die Entwicklungsländer sind für die Katz, wenn es nicht gelingt, genügend Menschen auszubilden, um mit ihrer Hilfe die Entwicklung dieser Länder auch wirklich voranzutreiben. Menschliche Leistung ist hierfür ebenso wichtig wie das Kapital. Deshalb dürfen auch nicht alle aufzubringenden Mittel, wie heute üblich, für den Kapitalexport vorgesehen werden, sondern müssen auch für die kulturellen Aufgaben der Entwicklungspolitik in Anspruch genommen werden.

Deutsche ebenso wie junge Menschen aus den Entwicklungsländern müssen für diese Aufgaben auf Hoch- und Fachschulen vorberichtet und ausgebildet werden. Diese für das Gelingen des Ganzen entscheidende Aufgabe fällt, nach dem Grundgesetz, hauptsächlich den Ländern zu. Die Länder werden ebensowenig wie der Bund, darauf hoffen dürfen, von den einmal für die Entwicklungsländer übernommenen Lasten wieder herunterkommen zu können. Aber ihren diesjährigen Zuschuss für die Kapitalaufbringung des Bundes werden sie für die eigenen Aufgaben auf diesem Gebiet umleiten müssen: für den Ausbau der Ausbildungsmöglichkeiten im Interesse der Entwicklungspolitik.

Der unter der Verantwortung der Länder stehende Ausbau des Bildungswesens ist künftig also auch unter dem Aspekt zu betrachten, daß Fachleute - Deutsche und Ausländer - für die Entwicklungsländer in weit größerem Umfang als bisher ausgebildet werden müssen. Dazu bedarf es nicht nur mehr Studienplätze und Stipendien, sondern auch neuer Institute, die sich mit entwicklungswissenschaftlichen Fragen befassen.

Da die Länder erhebliche Leistungen für die Entwicklungspolitik aufbringen, ist es unvermeidbar, sie zu dem "Interministeriellen Lenkungsausschuss", der jetzt bei der Bundesregierung gebildet wurde, hinzuzuziehen. Die Länder können zwar keinesfalls aus ihrem einmaligen Zuschuss von 500 Millionen DM an den Bund politische Entscheidungsrechte für die Verwendung dieses Betrags ableiten. Aber die Länder haben bisher unterschätzte Daueraufgaben eigener Zuständigkeit, die zwischen den Ländern sowohl als auch zwischen Ländern und Bund dauernd abgestimmt werden müssen.

#### Schlechte soziale Sicherheit

Ausbildung und Entsendung von Fachleuten ist aber nicht nur eine Sache des Staates, sondern auch nichtstaatlicher Institutionen. Die Lehrlingswerkstätten der Industrie werden in den nächsten Jahren durch Deutsche Lehrlinge nur schwach besetzt sein, da die Jahrgänge aus der Zeit des Kriegsendes jetzt ins Berufsleben treten. Die freien Ausbildungsplätze wären ideal zur Berufsausbildung junger Leute aus den Entwicklungsländern. Zu ihrer beruflichen und persönlichen Betreuung könnten auch Mittel und organisatorische Möglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung mit in Anspruch genommen werden.

Besonders im argen liegt die soziale Sicherung Deutscher, die in Entwicklungsländer gehen, es sei denn, sie fahren im Auftrag der Großindustrie oder des Staates. Die Aufgaben in den Entwicklungsländern sind aber so vielseitig, dass hierfür auf private Initiativen verzichtet werden kann. Deutsche Lehrer, Hochschullehrer, private Berater, Fachleute und Handwerker müssen zur Zeit ungewöhnliche Risiken eingehen, wenn sie einen Ruf in Entwicklungsländern folgen wollen.

Oft werden ihre deutschen Versicherungen unterbrochen oder vor-sollen gar, für Unfälle und Krankheit im Ausland fehlt es an Schutz; und bei ihrer Heimkehr finden sie ihre beruflichen Positionen besetzt. Und trotz der großen Erfahrungen werden die Jahre in der Fremde nicht gewertet. Dieser Probleme müssen sich die Gewerkschaften und die Universitäten annehmen, und der Bundestag wird entsprechende Ergänzungen der Sozialgesetzgebung beschließen müssen.

Schuldbürgerstreiche auf der Autobahn

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Am gleichen Tag, da Österreichs Autofahrer erstmalig einen höheren Benzinpreis bezahlten, damit mehr Geldmittel für den Straßenbau zur Verfügung ständen, erfuhren sie, dass der Bau der Autobahnen wegen Geldmangels eingestellt wird. Dieser zu Jahresbeginn bekanntgewordene Einstellungsbefehl, der dann später teilweise wieder rückgängig gemacht wurde, ist der neueste Schuldbürgerstreich zweier ÖVP-Minister, nämlich des Handelsministers Dr. Fritz Bock und des Finanzministers Dr. Eduard Heilingsetzer. Über Nacht erfuhr die Öffentlichkeit und erfuhren vor allem die davon unmittelbar betroffenen Baufirmen und deren Arbeiter, dass für die Fortführung der Bauarbeiten vordorhand kein Geld mehr vorhanden sei, weshalb dieses Arbeiten per sofort einzustellen sind. Rund 40 Firmen und etwa 1600 Arbeiter standen damit vor einer ebenso überraschenden wie unangenehmen Situation. Die dillettantenhafte Planlosigkeit der konservativen Planungsgegner hatte sich damit auf einem Gebiet offenbart, das im Zeichen der stürmischen Motorisierung die Aufmerksamkeit und natürlich auch Mißbilligung einer breiten Öffentlichkeit erregen musste.

Die Autobahn im Fremdenverkehrsland Österreich ist ohnehin eine Blamage, gewissermaßen das zu Beton gewordene Symbol der Unfähigkeit der Österreichischen Volkspartei, in den von ihr verwalteten Ressorts wirklich brauchbare Leistungen zu vollbringen. Von dem Autobahnbau des einstigen Großdeutschen Reichs hat Österreich nichts profitiert; nur bei Salzburg wurden etwa 40 Kilometer ausgebaut. Seither wurde jedoch der Autobahnbau auf der Strecke Salzburg - Wien und von Wien aus nach dem Süden in Angriff genommen und fertiggestellte Teile wurden dem Verkehr übergeben. Die Südautobahn befindet sich erst im Anfangsstadium, die Westautobahn von Salzburg nach Wien ist zu etwa ein Drittel befahrbar. Die restlichen zwei Drittel quält sich der Verkehr auf der völlig unzulänglichen Bundesstraße Nr. 1.

Diese Westautobahn durchzieht das Gebiet von vier (der neun) österreichischen Bundesländer, und zwar Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich und die Bundeshauptstadt Wien, die ihrerseits auch den Status eines Bundeslandes hat. Da fassten also die Verantwortlichen

in Handelsministerium, deren Sinn für participolitische Strategie der eigenen Unfähigkeit die Waage hält, einen sinnvollen Plan: Wir geben, sagten sie sich, jedem der drei von der ÖVP regierten Bundesländer ein Stück Autobahn und das sozialistische Wien soll mittlerweile durch die geseh. gucken. Und so geschah es: In jedem der drei Bundesländern außerhalb Wiens wurde gebaut und ein Autobahnstück dem Verkehr übergeben. Wien, das den meisten Verkehr hat, ging überhaupt leer aus, ja man leitete sich noch einen besonderen Einfall: Man projektierte eine Umfahrung Wiens ohne Zufahrt in das Stadttinnere, Wien, die Zweimillionenstadt in dem sieben Millionen Einwohner zählenden Österreich, sollte nach dem ursprünglichen Plan des ÖVP-Handelsministeriums wie ein Kuhdorf umfahren werden.

Der Autobahnbau, kombiniert mit dem politischen Kraftakt der ÖVP, den ihr nahestehenden Landesregierungen jeweils ein Teilstück zu "widmen" führte zu dem Zustand, der in österreichischer Mundart als "Eckkerlteppich" charakterisiert wird, Gemeint ist damit das leidige Stückwerk mit seinen Unterbrechungen und Umleitungen, das weder dem Kraftfahrverkehr noch dem Fußgängerverkehr gerecht wird. Ein zügiger Ausbau der bestehenden Strecken wird daher besonders dringend geboten. Aber gerade das hörte mit Jahresende 1960 auf. Nur einige wenige einfache Arbeiten sowie Sicherungsarbeiten sollten weitergeführt werden, weil eben - als Folge der bedenkenlosen Schuldenpolitik des vorigen ÖVP-Finanzministers Prof. Dr. Reinhard Kauter - die Staatskassen leer sind.

Auf die plötzlich frei gewordenen Straßenbauarbeiter, zum Teil hochqualifizierte Fachkräfte, stürzten sich die Werber deutscher Großbaufirmen. Die österreichischen Firmen, die beim Autobahnbau beschäftigt waren, errechneten ihren Schaden mit 65 Millionen Schilling und prophezeiten einen noch grösseren Schaden für den Staatshaushalt. Zur notwendigen Weiterführung von Bauarbeiten nahm inzwischen auf allgemeines Drängen der Finanzminister eine kurzfristige Anleihe bei österreichischen Kreditinstituten auf. Der ÖVP-Handelsminister plädierte für eine Auslandsanleihe, der Finanzminister und der Nationalbankpräsident, beide ÖVP, sind dagegen und wollen aus währungspolitischen Gründen eine Inlandsanleihe. Die Sozialisten, die auch eine Auslandsanleihe befürworten, verlangen eine entsprechende langfristige Investitionsplanung, damit das unwürdige Theater auf Österreichs Autobahnen ein Ende findet.

"Freies Fernsehen" und CDU-Wahlkampfleitung

In Personalunion

sp - Dr. Bruno Six, früher Referent im Bundeskanzleramt, jetzt Leiter der Abteilung Film, Funk und Fernsehen des Bundespresseamtes und seit vielen Jahren Abgeordneter der CDU im Düsseldorfer Landtag wird von seiner Dienststelle ab 1. Februar "für längere Zeit" beurlaubt. Nach einer Korrespondenz-Meldung aus der vergangenen Woche soll er in dieser so gewonnenen Freizeit als Mitarbeiter der CDU-Wahlkampfleitung herangezogen werden.

Anfangs dieser Woche teilte nun ein Fernseh-Fachdienst mit, dass Dr. Six während seines Urlaubs als geschäftsführender Programmleiter beim "Freien Fernsehen" in Frankfurt arbeiten werde. Diese Gesellschaft ist durch eine neue Krebitspritze, sicherlich nicht ohne Mithilfe der Bundesregierung, weiter arbeitsfähig geblieben. Das Risiko, das die Bundesregierung bei einem für sie ungünstigen Urteil im Karlsruher Fernsehprozess mit ihren Aktionen für das "Freie Fernsehen" läuft, nimmt sie offenbar gerne auf sich. Die Chance, im "Freien Fernsehen" auf jeden Fall ein brauchbares Instrument für den Wahlkampf zu haben, ist ihr den Einsatz wert.

So betrachtet liegt in den Meldungen über die Doppeltätigkeit des Dr. Six kein Widerspruch. Seine Urlaubsbeschäftigung bekommt vielmehr erst durch diese Koppelung ihren tieferen Sinn. Beide Funktionen werden sich keineswegs stören, sondern im ausschliesslichen Interesse der CDU täglich ergänzen. Man kann sich auf einiges gefasst machen, sollten die "Freien" Fernseher tatsächlich zum Zuge kommen.

+ + +

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel